Länderberichte 153

Ungarn: Einigkeit – das Schlüsselproblem der Kirche

Wer heute Ungarn besucht und Einblick in die Lage der Kirche gewinnt, wird feststellen müssen, daß diese, gemessen an der Sowjetunion oder der Tschechoslowakei, und was die seelsorglichen Wirkmöglichkeiten betrifft, nicht schlecht ist. Zwar gibt es viele "offene Fragen" (so der Parteijargon), aber eine offene Verfolgung der Gläubigen findet nicht mehr statt, wohl gibt es Schikanen, vor allem auf örtlicher Ebene. Gerade diese Situation aber führt nach Ansicht von Ostexperten zu einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, denen die Kirche in Ungarn ausgesetzt ist, daß die aktiven Kräfte der Kirche so nicht oder nicht genügend mobilisiert werden. Eine solche Ansicht entbehrt allerdings nicht der Möglichkeit einer krassen Fehldeutung, denn die offene Verfolgung kann wohl kaum als das geringere Übel angesehen werden.

Der Episkopat ist nicht einig

Die ungarischen Bischöfe versuchten, ihren eigenen Weg zu gehen, aber die große Schwierigkeit hierbei ist die Zerrissenheit des Episkopats. Sie erweist sich sozusagen als das Schlüsselproblem für alle "offenen Fragen". Dies deckt sich augenfällig mit der Ansicht des Papstes, der in seinen beiden Briefen an die ungarische Kirche die Einigkeit in den Mittelpunkt seiner Mahnungen stellte. Wie sehr dieses Problem auch den Klerus bedrückt, wurde mir klar, als im Oktober vergangenen Jahres ein Dorfpfarrer in Ungarn auf die Frage nach der Lage der Kirche spontan antwortete: "Das Hauptproblem ist, daß wir nicht einig sind!" Etwas anders formuliert, in der Aussage aber gleich, wurde dies dem Besucher auch auf höherer kirchlicher Ebene versichert. Die mangelnde Geschlossenheit des Episkopats und des Klerus wird um so schmerzlicher empfunden, als in Polen zur Stunde vorexerziert wird, was die Kirche durch Eintracht auch in einem kommunistisch regierten Staat zu erreichen vermag. Zwar ist man sich in Ungarn sehr wohl der Tatsache bewußt - und führt sie quasi als Entschuldigung an -, daß die historischen und soziologischen Verhältnisse in beiden Ländern völlig verschieden sind und schon aus diesem Grunde Polen nicht als Maßstab für Ungarn gelten kann, aber unterschwellig dient die Haltung der polnischen Bischöfe doch zumindest als Anhaltspunkt. Im Bewußtsein, daß in dem heute nur noch zur Hälfte katholischen Ungarn das polnische Beispiel nicht wiederholbar ist, bemüht man sich im Land der Magyaren um einen eigenen Weg, der allerdings nicht nur bei den Exil-Ungarn, sondern auch in der Heimat umstritten ist und daher nicht einheitlich verfolgt werden kann. Notwendig wäre, so wird in Ungarn immer wieder von kirchlichen Stellen versichert, nicht nur die bloße Einigkeit der Bischöfe, sondern darüber hinaus ein gemeinsames Konzept für das weitere Vorgehen.

Die Grundlage hierfür formulierte der Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz, Bischof Josef Cserháti, in einem KNA-Interview vom 5. Dezember 1980 folgendermaßen: "Es ist die ewige Aufgabe der Kirche, sich in jeder Gesellschaft und in jeder Form menschlichen Zusammenlebens zu behaupten, und zwar gemäß ihrem christlichen Inhalt und ihrer apostolischen Sendung." Der Bischof legte dabei die Erkenntnis zugrunde, daß das Regime in Ungarn nicht mit einem Husarenstreich zu beseitigen sein wird, daß man sich folglich mit ihm arrangieren und eine Existenzgrundlage für die Kirche in den gegebenen Verhältnissen suchen muß. Diesem Konzept stehen aber nicht nur die Kräfte entgegen, die sich an der Haltung des verstorbenen Kardinals Josef Mindszenty orientieren und jede Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Regime als unannehmbar für die Kirche ablehnen, sondern auch andere, die weit über Cserhátis Maxime hinausschießen, sich dem Staat anbiedern und unterwerfen und sogar so weit gehen, in hohen kirchlichen Positionen Spitzeldienste für das System zu leisten. Hierin liegt zugleich die Bandbreite dessen, was Kardinal László Lékai bei seiner Ernennung zum Primas der ungarischen Kirche 1976 vorfand und mit dem er bis zum heutigen Tage fertig zu werden hat

Aufgabe des Primas wäre es, den Episkopat auf das so dringend benötigte gemeinsame Konzept zu einigen. Vielfach wird ihm nachgesagt, daß ihm das Charisma einer Führungspersönlichkeit fehle, und darin wird von manchen ein Hauptgrund für die mangelnde Einigkeit der Kirche gesehen. Die Dinge liegen jedoch komplizierter. Zwar ist der Kardinal ein Mann, der einsame Entschlüsse liebt (von denen niemand sagen kann, ob er sie aus eigenem Antrieb faßt oder ob sie ihm vom Präsidenten der Staatlichen Kirchenamtes, Imre Miklos, "nahegelegt" werden), aber Lékai sieht sich auch mit der Frage der Verläßlichkeit seiner Bischöfe konfrontiert. Staat und Kirche bezeichnen ihre Beziehungen zueinander als "normalisiert", wobei es als fraglich angesehen werden muß, ob die Lage der Bischöfe als "normal" bezeichnet werden kann, wenn in jedem bischöflichen Haus ein staatlicher Spitzel als Sekretär, Kanzleivorsteher oder in einer sonstigen Vertrauensposition installiert ist. Dies ist dem Primas selbstverständlich bekannt. Würde er also Vorstöße in Richtung auf ein "gemeinsames Konzept" machen, so erhielte Miklos noch vor dem ersten Beschluß von derartigen Ansätzen Nachricht und würde zweifellos versuchen, dies zu unterbinden, denn dem Staat ist an der Einigkeit der Bischöfe in keiner Weise gelegen. Der Kardinal selbst geht nach dem Prinzip der "kleinen Schritte" vor, mit deren Hilfe er in den letzten Jahren zwar einiges erreichen, die von ihm anläßlich seiner Inthronisation erklärten vier Forderungen aber nur teilweise verwirklichen konnte. Damals postulierte er 154 Länderberichte

breiten Einsatz von Laien in der Kirche, Verbesserung des Religionsunterrichts, die Weiterbildung des Klerus und eine Bestandsaufnahme der Kirche, die dringend benötigt würde.

Einiges ist auf diesen Gebieten inzwischen geschehen: Für die Laien wurde ein Fernkurs bei der Theologischen Akademie in Budapest eingerichtet, der mittlerweile im dritten Jahr läuft und von mehr als 400 Teilnehmern besucht wird. Aber das Schlußexamen berechtigt nicht zur Mitarbeit in den Pfarreien, zum Beispiel zur Erteilung des Religionsunterrichts. Religionsunterricht darf zwar seit 1976 wieder in den Kirchen stattfinden, nicht aber in Pfarrhäusern, was also voraussetzt, daß heizbare Nebenräume (meist Sakristeien) dafür hergerichtet werden. Dies ist in den einzelnen Diözesen sehr unterschiedlich verwirklicht, der Unterricht wird daher auch unterschiedlich stark besucht. Zur Weiterbildung des Klerus ist einiges geschehen. Es konnten mehrere theologische Werke von Rang in ungarischer Sprache veröffentlicht werden, darunter sämtliche Konzilstexte mit Kommentaren. Die theologische Akademie in Budapest wird derzeit von 400 Studenten besucht. In bezug auf die Bestandsaufnahme der Kirche hingegen wurde noch so gut wie nichts erreicht.

Ermutigende Zeichen eines religiösen Wiedererwachens

Vielen in Ungarn und im Ausland sind die "kleinen Schritte" des Kardinals aber zu klein. Er seinerseits will nicht durch einen gewagten Schritt das Erreichte riskieren. Seinem Prinzip liegt offenbar auch kein straffes Konzept zugrunde, er geht eher sprunghaft und pragmatisch vor. Die meisten Bischöfe orientieren sich an dieser Linie, wagen aber noch weniger als der Primas und erreichen dadurch nicht einmal dessen Minimum. Das zeigt sich besonders augenfällig an der Frage des Religionsunterrichts. Cserháti, der seit 1975 insgesamt sieben Artikel in der theologischen Zeitschrift "Vigilia" zum Thema des Dialogs zwischen Kirche und Staat veröffentlicht hat, in denen er stets für Zusammenarbeit der Katholiken mit dem Regime plädiert, vor allem was den wirtschaftlichen Aufbau des Landes anbelangt (eine Haltung, die auch der polnische Primas vertritt), aber immer auch klare Forderungen für die Kirche als Voraussetzung dafür aufstellt, hat in seiner Diözese Pécs (Fünfkirchen) zweifellos am meisten für die Erteilung des Religionsunterrichts erreicht. Ihm werden zum Teil stillschweigende Zugeständnisse gemacht, auf die andere Bischöfe, weniger wagemutig und unternehmungsfreudig, vergebens warten. So sind in allen Kirchen seiner Diözese, bis auf zwei, Möglichkeiten zur Erteilung des Religionsunterrichts geschaffen worden. Erlaubt ist offiziell nur der Unterricht von zwei Gruppen wöchentlich von je 30 Kindern pro Pfarrei, aber in größeren Gemeinden werden de facto bis zu zehn Gruppen unterrichtet, wobei der Pfarrer nur die Anzahl der Kinder, nicht aber ihre Namen beim örtlichen staatlichen Kirchensekretär zu melden braucht. Auch dies wird in anderen Bistümern anders gehandhabt, wobei schwer zu ergründen ist, ob für den jeweiligen Bischof mehr erreichbar wäre, wenn er den diplomatischen Kurs Cserhátis einschlagen würde. Zweifellos wäre dies erfolgversprechender, erforderte aber ein gewisses taktisches Geschick im Umgang mit dem Staatlichen Kirchenamt und ein Maß an Mut, das nicht allen Bischöfen gegeben ist.

Dabei wäre die Situation für eine Intensivierung und Ausbreitung religiösen Lebens in Ungarn derzeit ungemein günstig. Denn auch dort, wie in anderen Ostblockstaaten, zeichnet sich deutlich eine Renaissance in Fragen nach dem christlichen Glauben ab. Sie machte sich schon vor Jahren in den sogenannten Basisgruppen bemerkbar, die sich außerhalb der Pfarreien aus zumeist jugendlichen Teilnehmern bildeten und sehr zum Kummer mancher Bischöfe mit einem meist jungen Priester im Mittelpunkt eigene religiöse Wege gingen. Basisgemeinschaften sind aber mittlerweile auch innerhalb der Gemeinden entstanden, die Leitung liegt in den Händen junger Kapläne, die bereits ganz im kommunistischen Regime aufgewachsen und erzogen sind, wodurch sie einerseits mit den Behörden besser fertig werden als die älteren Geistlichen, andererseits von den Beamten weniger beargwöhnt werden, da sie als "Produkt der sozialistischen Gesellschaft" angesehen werden. Vorläufig gibt es diese Gruppen vornehmlich in den Städten. Sie rekrutieren sich vor allem aus Studenten und jungen Akademikern. Zeugt dies schon von einem bemerkenswerten neu erwachten religiösen Interesse, so verdeutlichen das auch die wachsende Teilnahme von jungen Menschen an der Wallfahrtsbewegung und die Bitte, diese Wallfahrten zu Exerzitien zu erweitern, wie sie dem Pfarrer des Heiligtums von Maria Gyüd im vergangenen Sommer vorgetragen wurde. Das Exerzitienhaus, zu dem Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli im September 1980 in der Nähe von Budapest den Grundstein legte (mit der Fertigstellung wird erst in einigen Jahren gerechnet), dürfte also einem sehr dringenden Bedürfnis der ungarischen Katholiken gerecht werden. Es wird außer in Polen das einzige Exerzitienhaus im Ostblock sein.

In gewissem Umfang hat also der Staat der Kirche Zugeständnisse gemacht, und wie Cserháti anläßlich des Empfangs für Casaroli im September 1980 in Budapest betonte, hat die Kirche noch nicht alle ihr vom Staat gewährten Möglichkeiten ausgeschöpft. Freilich wird dabei das Eigeninteresse des Regimes nicht außer acht gelassen, denn man wünscht in Ungarn weder polnische noch tschechoslowakische Verhältnisse. In ungarischen Parteikreisen wird die Haltung der Tschechoslowakei zur Kirche deutlich mißbilligt. Man vertritt dort die Meinung, die ČSSR habe sich selbst das Entstehen der Untergrundkirche durch ihre militante Verfolgung der Christen zuzuschreiben. Die Einstellung der ungarischen Regierung zu dieser Frage charakterisierte Imre Miklos in einem "Vigilia"-Artikel (Oktoberheft 1980) folgendermaßen: "Die Kirchenpolitik der ungarischen Regierung ist eine schöpferische Verwirklichung der Lehren des Marxismus-Leninismus unter unseren Verhältnissen", wobei das Wort

"schöpferisch" im kommunistischen Jargon die Beschönigung eines relativ abweichlerischen Kurses bezeichnet. Ergänzend fügt Miklos hinzu, daß die ungarische Gesellschaft aus "weltanschaulich verschieden denkenden Menschen" geformt ist, was für Kirche und Staat ein unumstößliches Faktum sei. "Im Kontakt zwischen Staat und Kirchen und in der Weiterentwicklung desselben ist ein wichtiger Moment, daß beide Parteien auf ihrer prinzipiellen Basis ausharren." Dazu Cserháti in dem zitierten Interview: "Unsererseits wollen wir die Marxisten vollständig kennenlernen. Wir wünschen aber auch, daß von der anderen Seite her dem christlichen Denken Verständnis entgegengebracht wird. Und tatsächlich können wir registrieren, daß heutzutage für das Christentum mehr Verständnis vorhanden ist als früher. Von seiten des Staates hat eine ganz andere Bewertung der christlichen Grundwerte eingesetzt. Infolgedessen ist auch eine größere Toleranz der Kirche gegenüber vorhanden."

Selbstverständlich bleibt diese gegenseitige "Wertschätzung" in geziemenden Grenzen, denn sowohl Staatsfunktionäre als auch Cserháti betonen immer wieder die Unüberbrückbarkeit der weltanschaulichen Gegensätze. Der Primas ist in dieser Hinsicht weniger eindeutig. Seine Interviews und Artikel quellen gelegentlich über von regimefreundlichen Äußerungen, wie sie einem Primas der ungarischen Kirche schlecht anstehen. So erregte ein Interview mit der italienischen katholischen Zeitschrift "Il Regno" (Nr. 20/80) im November vergangenen Jahres unliebsames Aufsehen, weil Lékai dazu u. a. gesagt hatte, daß die Kommunisten die Sozialenzyklika "Quadragesimo anno" besser verwirklicht hätten als die Kirche. Dieser Passus – so Lékai auf Befragen der ungarischen katho-

lischen Nachrichtenagentur "Magyar Kurir" – sei allerdings mißverstanden oder falsch übersetzt worden. Er, Lékai, habe gesagt, die Kommunisten hätten die Enzyklika teilweise besser verwirklicht als die christliche Regierung in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen. Aber auch dieser Version könnte man eine sehr verkürzte Sicht der Bemühungen der damaligen ungarischen Regierung entgegenhalten und eine sehr wohlwollende Beurteilung der heutigen Verhältnisse.

Zeit für größere Schritte?

Vor allem vermißt man bei allen solchen Äußerungen des Kardinals klare Formulierungen der Wünsche und Forderungen der ungarischen Kirche an den Staat. Die Gunst der Stunde würde danach verlangen. Zwar ist die Zahl der Gläubigen geschrumpft, aber die Religiosität der Verbliebenen hat sich geläutert und vertieft. In der Jugend breitet sich ein neues religiöses Suchen aus. Die Beziehungen zum Staat sind wenigstens teilweise entkrampft - vielleicht mehr aus ökonomischen Rücksichten als aus echtem Verständnis (polnische Unruhen will man um jeden Preis vermeiden) -, es wäre an der Zeit, zu größeren Schritten auszuholen und den Episkopat zur Gemeinsamkeit zu ermutigen, nicht zur Opposition gegen Staat, sondern um einen breiteren Weg für den apostolischen Auftrag der Kirche zu öffnen. Sollte dies dem Primas gelingen, würde ihm die Einheit der Kirche gleichzeitig zufallen und damit auch eine stärkere Anerkennung und Zuneigung. Denn die ungarische Kirche ist nicht tot, sie schläft auch nicht. Sie wartet darauf, daß sie geführt wird. Diethild Treffert

Forum

Ministrantinnen ja oder nein?

Überlegungen im Anschluß an die Instruktion "Inaestimabile donum"

Der folgende Beitrag zu der während der letzten Monate in den katholischen Gemeinden und auch höherenorts teils kräftig diskutierten Ministrantinnenfrage wurde uns von dem Frankfurter Dogmatiker Prof. Medard Kehl SJ zur Verfügung gestellt. Da die Darstellung eine umfassende Einbeziehung der Frage in das Liturgie-, Priester- und Gemeindeverständnis vornimmt, geben wir ihm gerne Raum.

Als die neueste römische Liturgie-Instruktion "Inaestimabile donum" um Pfingsten herum in Deutschland bekannt wurde, hat sie in vielen Pfarreien einigen Wirbel verursacht: Die Ministrantinnen, die seit einigen Jahren an

manchen Orten zur allgemeinen Zufriedenheit ihren Dienst tun, sollen wieder abgeschafft werden. Die Instruktion selbst nennt keine Gründe dafür, und wenn die Meßdiener nach Gründen fragen, bekommen sie nicht immer sehr einleuchtende Antworten. Man verweist sie auf die alte Tradition, auf das geltende kirchliche Gesetzbuch, auf die Vielfalt der Gaben und Aufgaben in der Kirche etc. Viele Gegenfragen gerade jüngerer Christen bleiben jedoch offen, z. B.: Warum können nicht auch in der Kirche neue Traditionen wachsen? Ist die nachkonziliare Rechtslage in dieser Frage wirklich eindeutig? Und warum soll die "Gabe und Aufgabe" des Ministrierens ausschließlich